

**Einbringung des Haushaltes 2012 in der Sitzung des Rates
am 20. Dezember 2011**

Rede des Bürgermeisters Felix Büter

(es gilt das gesprochene Wort)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

traditionsgemäß bringt der Kämmerer in der letzten Sitzung des Jahres den Haushalt für das kommende Jahr. Das ist auch diesmal wieder so. Bevor Hans-Georg Althoff Ihnen den Haushaltsentwurf im Detail näher vorstellen wird, gestatten Sie mir einige einleitende, wesentliche Bemerkungen.

Die rein städtischen Zeichen für einen möglichst ausgeglichenen Haushalt stehen eigentlich gut. Die zu erwartenden Steuereinnahmen erreichen zwar nicht die wirklich guten Werte der Jahre 2007 und 2008, sind aber deutlich besser als in den Jahren der Krise 2009 und 2010. Gegenüber dem Wert des Jahres 2011 können wir mit leicht verbesserten Einnahmen noch rechnen. Ursache, sind die zahlreichen Unternehmen unterschiedlicher Branchen, die mit ihren fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Markt gut positioniert sind, eine insgesamt gute Auftragslage haben und damit auch für verbesserte Einnahmen bei der Stadt Ahaus sorgen.

Bestes Indiz dafür sind die nach wie vor hohe Einpendlerzahl und vor allem die in diesem Jahr auf niedrigem Niveau noch einmal deutlich gesunkenen Arbeitslosenzahlen. Damit haben wir eine der niedrigsten Quoten in Nordrhein-Westfalen. Im Ergebnis sorgen sie für weiterhin sinkende Ausgaben im Bereich des SGB II und SGB XII. Alles im grünen Bereich also? – mitnichten.

Seit dem Jahr 2009 gehören auch wir leider nicht mehr zu den wenigen Kommunen in NRW, die ihren Haushalt noch ausgeglichen bekommen. Defizite waren uns eigentlich fremd, konnten aber trotz aller Sparbemühungen nicht mehr vermieden werden: 2009 – 2,5 Mio. EUR, 2010 – 2,8 Mio. EUR, 2011 gepl. – 3,1 Mio. EUR und auch der Haushaltsentwurf 2012 wird einen Minusbetrag von 2,6 Mio. EUR ausweisen. Die Ursachen sind fremdbestimmt. In den Jahren 2009 und 2010 war es insbesondere die Wirtschaftskrise. In den Jahren 2011 und 2012 die Veränderung der Gemeindefinanzierung auf Landesebene. Allein in diesen zwei Jahren hat sich unser Haushalt aufgrund geringerer Landeszuweisungen strukturell und da-

mit dauerhaft um etwa 4,5 Mio. EUR verschlechtert. Und im Jahr 2013 wird uns eine 2012 einmalig gezahlte Abmilderungshilfe von 1,4 Mio. EUR zusätzlich fehlen. So lassen sich Haushalte nicht ausgleichen. Der Ansatz des Landes, Geld in die notleidenden Städte umzuverteilen, ist unserer Ansicht nach falsch. Totkranke werden dadurch nicht gesund und Gesunde werden auch noch krank. Die Lösung kann nur sein, die massige strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen insgesamt anzugehen und zu beseitigen. Zumal die finanzielle Situation des Landes deutlich besser ist, als die seiner Städte und Gemeinden.

Im Übrigen ist dieses Vorgehen, das mehr als 300 Städte und Gemeinden von 396 benachteiligt, aus Sicht vieler Kommunen auch nicht mit der geltenden Verfassung in Nordrhein-Westfalen in Einklang zu bringen. Entsprechende Verfassungsbeschwerden sind in Vorbereitung und sollen in den kommenden Wochen eingereicht werden. So weist Herr Prof. Deubel, Gutachter für etwa 60 Städte und Gemeinden nach, dass das Land durch die Veränderung des Soziallastenansatzes den Städten und Gemeinden 2012 pro Bedarfsgemeinschaft 3.514 EUR mehr überweist, als ihnen an tatsächlichen direkten und indirekten Kosten entstehen. Dieser „Extrabonus“ bringt der Gemeinde für jede zusätzliche Bedarfsgemeinschaft 80% mehr Geld als Kosten. Dazu ist kein weiterer Kommentar nötig.

Auch auf der Ausgabenseite gibt einen gravierenden Faktor, der sich nachteilig auf das Ergebnis auswirkt. So gewollt und vielleicht auch notwendig eine Ausweitung der Betreuung von Kindern unter drei Jahren auch sein mag. Auf den städtischen Haushalt hat sie gravierende Auswirkungen. Bei den Betriebskosten stehen mehr als eine halbe Million EUR zusätzlich zu Buche, sodass sich inzwischen eine städtische Nettobelastung bei Tageseinrichtungen für Kinder von 3,7 Mio. EUR ergibt. Im Finanzplan ist zusätzlich weiterer nicht unerheblicher Investitionsbedarf nötig und nicht zuletzt ergibt sich ein deutlich höherer Bedarf an Personalaufwendungen für die städtischen Einrichtungen.

Anhand nur dieser zwei Beispiele wird deutlich, dass der Haushalt der Stadt Ahaus unter einem erheblich fremdbestimmten Druck steht. Das gilt für das Jahr 2012 im Besonderen auch für den Personalkostenetat; durch gesetzliche und tarifliche Gehaltssteigerungen, sowie steigende Vorsorge bei Beihilfen, Altersteilzeit und Beamtenversorgung.

Da ist es schon wohltuend, dass der Kreis Borken seinen Anteil zur Entlastung der kommunalen Haushalte leistet. Er ist bereit, seine komplette Ausgleichsrücklage zur Kreisumlagen-senkung einzusetzen. Mit der Inanspruchnahme seiner allgemeinen Rücklage in Höhe von 4% geht er sogar darüber hinaus und nimmt damit Genehmigungspflicht für seinen Haushalt in Kauf. Das ist anzuerkennen – und das möchte ich hiermit tun; tun auch in Kenntnis der Tatsache, dass der Kreis durch eine zwar in den vergangenen Tagen noch abgemilderte aber dennoch beträchtliche Erhöhung der Landschaftsumlage zusätzliche Belastungen erfährt. Positiv zu erwähnen ist auch, dass der Kreis Borken anerkennt, „seinen“ Kommunen in

den vergangenen Jahren erhebliche Finanzmittel zu viel abgenommen zu haben, und diese sukzessive in den nächsten Jahren wieder ausgleichen will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in dieser Situation müssen wir – meine ich - zwei Dinge tun. Erstens weiterhin aktiv dafür arbeiten, dass das Land uns wieder eine Finanzausstattung gibt, die es uns erst möglich macht, gesund zu bleiben. Und zweitens bei allem Ärger darüber, dass das momentan nicht so ist, so sparsam und effizient wie möglich mit den vorhandenen Ressourcen umgehen. Mit den geringen Möglichkeiten unserer Wirtschaftsförderung helfen, wo es geht. Das dient dem Standort und der eigenen Einnahmensicherung. Steuererhöhungen sind nach Auffassung der Verwaltung allerdings kontraproduktiv und werden deshalb nicht vorgeschlagen.

Auch auf das Einstellen bzw. erhebliche Reduzieren von Unterhaltungsmaßnahmen und Investitionen würden wirtschaftliche Aktivitäten ab und sorgen für Substanzverlust. Im Jahr 2012 werden die Investitionen ohnehin schon niedriger sein als in den Vorjahren und erstmals die Abschreibungen nur noch geringfügig überschreiten.

Ich kann nur alle Fraktionen herzlich bitten, eventuell weiteres vorhandenes Potential zu suchen und in die Haushaltsplanberatungen einzubringen, um ggf. noch eine Verringerung des Defizits zu erreichen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei danke ich insgesamt für die Erstellung des Haushaltsplans. Schon das war eine schwierige Aufgabe und mit dem Wechsel von Norbert Rose in den Fachbereich Immobilienwirtschaft unter zusätzlich erschwerten Bedingungen. Ihnen meine Damen und Herren, danke für Ihre Aufmerksamkeit.